

Tibeter und Uiguren in China: Minderheitenpolitik und Widerstand

Björn Alpermann

Neben der Han-chinesischen Mehrheitsgesellschaft leben in der Volksrepublik China (VRCh) insgesamt 55 offiziell anerkannte ethnische Minderheiten (*shaoshu minzu* 少数民族), die zusammen rund 8,5% der Bevölkerung ausmachen (knapp 114 Mio. Menschen). Die meisten dieser ethnischen Gruppen haben ihre Position innerhalb der VRCh mehr oder weniger akzeptiert, wenn auch zum Teil widerwillig. Sowohl bei Tibetern als auch bei Uiguren führt die chinesische Minderheitenpolitik zu offenem Widerstand, der auch im Ausland zur Kenntnis genommen wird.¹ Dennoch existieren neben vielen Parallelen auch weitreichende Unterschiede zwischen der jeweiligen Lage dieser beiden Ethnien in China, was den Vergleich äußerst interessant macht.

Der Beitrag gliedert sich in drei Abschnitte: Er stellt zunächst knapp die Ausgangslage der beiden Minderheiten und ihre Stellung innerhalb der VRCh dar. Zweitens widmet er sich der Minderheitenpolitik, die beispielhaft anhand der Wirtschafts- und Entwicklungsförderung und im Bildungsbereich dargestellt wird. Drittens geht er auf die offenen Ausbrüche von Widerstand ein, die sich vor allem seit 2008 in beiden Fällen deutlich zugespitzt haben. Das Fazit diskutiert die Reaktionen der chinesischen politischen Führung auf diese Herausforderungen.

Ausgangslage

Für beide Gruppen gilt, dass ihre Zugehörigkeit zum chinesischen Reich erst unter der letzten Dynastie, dem mandschurischen Kaiserhaus der Qing (1644–1911), konkretere Formen annahm, deren genaue politische Bedeutung aber zu den strittigsten Punkten der gesamten „Tibet- bzw.

Xinjiang-Problematik“ zählt.² Die längste Zeit ihrer Herrschaft begnügte sich die Qing-Dynastie mit einer indirekten Form der Oberhoheit über diese Gebiete. Erst zum Ende des 19. Jahrhunderts wurden Versuche unternommen, diese Regionen, in denen Russland und England ihren Einfluss auszudehnen versuchten, stärker und direkter an die Zentralmacht in Beijing anzubinden. Nach dem Zusammenbruch der Qing-Dynastie 1911/1912 bis zur Einrichtung der VRCh 1949 durchlebte das im zentralasiatischen Nordwesten Chinas gelegene Xinjiang eine Periode der teilweisen Selbständigkeit. Diese Zeit der Republik China (1911–1949) war geprägt von Bürgerkriegen, rasch wechselnden Herrschaftsverhältnissen und wachsendem Einfluss der Sowjetunion in Xinjiang. Dort kam es zweimal zur Ausrufung einer Republik Ostturkestan, was bis heute als Bezugspunkt für Bestrebungen nach Eigenstaatlichkeit dient. Während dieser Epoche gab die Republik China ihre Gebietsansprüche jedoch niemals auf und mit der nationalistischen Regierung der Republik alliierte Kriegsherren konnten die Oberhand in Teilen Xinjiangs erringen. Die im Bürgerkrieg siegreichen Kommunisten setzten nach 1949 die Integration Xinjiangs in den chinesischen Staat fort, die unter den Qing begonnen hatte.³

Tibet existierte bis zum Einmarsch der Kommunisten 1950 als autonomer Staat, nachdem der 13. Dalai Lama als Regierungsoberhaupt am Ende der Qing-Dynastie die Unabhängigkeit von Beijing erklärt hatte. Diese Eigenstaatlichkeit war jedoch weder von chinesischer Seite noch von anderen Nationen jemals offiziell anerkannt worden. Im Gegenteil bewahrten selbst Großbritannien und Britisch-Indien (später das unabhängige Indien) die Idee einer chinesischen Oberhoheit über Tibet als Prinzip ihrer Politik. Strittig blieb daneben auch der genaue Grenzverlauf Tibets. Den Kommunisten gelang es, nachdem sie ihre militärische Überlegenheit unter Beweis gestellt hatten, die tibetische Regierung zu einem Abkommen zur Eingliederung Tibets in die VRCh zu bewegen. Der von den Kommunisten verfolgte gradualistische Ansatz zur Integration scheiterte allerdings mit dem Ausbruch des bewaffneten Widerstands, der im März 1959 mit einem Aufstand in Lhasa seinen Höhepunkt erreichte. Es folgten die Flucht des Dalai Lamas ins indische Exil, die Niederschlagung des Aufstands und die forcierte Gleichschaltung Tibets mit dem Rest der VRCh.⁴

Prof. Dr. Björn Alpermann ist Inhaber des Lehrstuhls für Contemporary Chinese Studies an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg. Der folgende Text ist sein Beitrag beim 31. Chinesisch-deutschen Studententreffen des China-Zentrums zum Thema „Leben in einer anderen Kultur: Ausländer und Minderheiten in China und Deutschland“, das vom 4. bis 6. März 2016 in Bonn stattfand.

1 Han Enze 2013, *Contestation and Adaptation: The Politics of National Identity in China*, Oxford: Oxford University Press.

2 Sperling, Elliot 2004, *The Tibet-China Conflict: History and Polemics*, Policy Studies 7, Washington: East-West Center.

3 Clarke, Michael 2007a, „The Problematic Progress of ‚Integration‘ in the Chinese State’s Approach to Xinjiang, 1759–2005“, in: *Asian Ethnicity*, Bd. 8, Nr. 3 (Oktober), S. 261–289.

4 Die äußerst komplexen historischen Zusammenhänge können hier nicht im Einzelnen dargestellt werden. Vgl. ausführlich die umfassenden Ar-

In Bezug sowohl auf Xinjiang als auch Tibet erlauben die komplexen historischen Zusammenhänge eine Vielzahl an Deutungsmöglichkeiten, die es beiden Seiten in den jeweiligen Konflikten ermöglichen, historische Argumente für ihre Zwecke einzusetzen.

Daneben spielen für die heutige Situation der beiden Regionen geographische und demographische Faktoren ebenfalls eine große Rolle. Zum einen sind sowohl Xinjiang als auch Tibet strategisch wichtige Grenzregionen, deren Kontrolle für die VRCh als existenziell betrachtet wird. Dies erklärt zu einem guten Teil die harte Haltung, die Beijing in diesen Fragen an den Tag legt. Die demographischen Unterschiede zwischen den beiden Gebieten sind deutlich: Zwar stimmen in beiden die Siedlungsgebiete der Minderheiten nicht mit der jeweiligen Autonomen Region (AR) überein, aber unter umgekehrten Vorzeichen. Die Uiguren (Gesamtzahl 10,1 Mio.) sind nicht die einzige traditionell in Xinjiang ansässige Minderheit (daneben gibt es Kasachen, Hui, Kirgisen, Mongolen usw., zusammen rund 19% der Provinzbevölkerung). Die Uiguren machen nach der Ansiedlung vieler Han-Chinesen in den letzten Jahrzehnten nur noch rund 42% der Bevölkerung Xinjiangs aus, und damit wenig mehr als die Han-Chinesen (39%; 1953 nur 6%).⁵ Ihr traditionelles Siedlungsgebiet ist vor allem der Süden Xinjiangs. Die Tibeter (Gesamtzahl 6,3 Mio.) stellen dagegen trotz zunehmender Han-Migration nach wie vor den absoluten Großteil der Bevölkerung in der Autonomen Region Tibet (TAR): über 90% der insgesamt 3,18 Mio. Bewohner verglichen mit ca. 8% Han. Letztere konzentrieren sich aber in der Hauptstadt Lhasa, und neben den registrierten Han-Einwohnern gibt es noch eine schwierig zu erfassende Zahl von (oft saisonalen) Migranten. Dies erzeugt bei vielen ausländischen Beobachtern und der lokalen Bevölkerung das Gefühl einer „Bevölkerungsinvasion“ der Han.⁶ Ein weiterer Unterschied zwischen den beiden Fällen besteht darin, dass die Tibeter nicht nur in der TAR beheimatet sind, sondern auch in Teilen der angrenzenden Provinzen Qinghai, Gansu, Sichuan und Yunnan. Die TAR entspricht weitgehend Zentralt Tibet (den traditionellen tibetischen Regionen Ü und Tsang), während die weiteren Siedlungsgebiete den traditionellen Regionen Amdo und Kham entsprechen. Dort, in Ostt Tibet, wurden Autonome Bezirke der Tibeter (unterhalb der Provinzebene) eingerichtet. Hierin wurzelt ein grundlegender Konflikt zwischen der tibetischen Exilregierung (bis vor kurzem unter Führung des

Dalai Lama) und Beijing: Erstere versucht, Sprecher aller Tibeter zu sein und weitreichende Autonomie für das „kulturelle Tibet“ (also Großt Tibet) zu erringen.⁷ Beijing hingegen behandelt die TAR und Ostt Tibet weitgehend getrennt, obwohl es zuletzt Anzeichen gab, dass sich dies zumindest in der Wirtschafts- und Entwicklungspolitik ändert.

Eine weitere Gemeinsamkeit der beiden Volksgruppen ist ihre Verbindung zu einer der Weltreligionen: Islam im Fall der Uiguren und Buddhismus bei den Tibetern, wobei der tibetische Buddhismus eine recht eigenständige Entwicklung genommen hat. Bei beiden wird die Religion von der Beijinger Führung als eine Basis des Widerstands angesehen und ist aus dieser Perspektive Teil des „Tibet-“ bzw. „Xinjiang-Problems“.⁸ Für die beiden Volksgruppen ist sie hingegen eine unverzichtbare Basis ihrer kollektiven Identität. Im Fall der Uiguren erleichtert das internationale Phänomen islamistischen Terrors der Führung der Kommunistischen Partei (KP), Widerstand dieser Volksgruppe in die extremistische Ecke zu rücken und so zu diskreditieren.⁹ Im Ausland wird dieses Argument oft kritisch gesehen, denn konkrete Belege bleibt die VR-Führung in der Regel schuldig. Ähnliches gilt für die von Beijing gewohnheitsmäßig unterstellte „Anstiftung“ durch exiltibetische Kräfte, wenn es um tibetischen Widerstand geht: Kontakte bestehen sicherlich, und sei es nur, um über Widerstandsaktivitäten im Ausland zu berichten. Aber ob diese tatsächlich als Anstiftung verstanden werden können, muss dahingestellt bleiben. Die Deutungsmuster der chinesischen Führung (die weitgehend auch von der chinesischen Öffentlichkeit geteilt werden) sind jedenfalls in beiden Konflikten sehr ähnlich, auch wenn de facto entscheidende Unterschiede zwischen ihnen bestehen.

Minderheitenpolitik

Auch das allgemeine Rahmenwerk der Minderheitenpolitik ist heutzutage für beide Gebiete bzw. Volksgruppen dasselbe: ein Gesetz über Minderheitenautonomie von 1984, das 2001 noch einmal aktualisiert wurde. Die hier beschriebene sogenannte Minderheitenautonomie ist von sehr begrenzter Natur: Für jede Regelung, die einen Freiraum zu versprechen scheint, gibt es Einschränkungen expliziter oder impliziter Art. So schreibt das Gesetz zwar vor, dass die Vorsitzenden der Minderheitenverwaltungen (also etwa die Gouverneure der Autonomen Regionen) den jeweiligen Minderheitsethnen entstammen sollen. Aber es schweigt

beiten von Goldstein, Melvyn C. 1989, *A History of Modern Tibet. Volume 1: 1913–1951. The Demise of the Lamaist State*, Berkeley: University of California Press; Goldstein, Melvyn C. 2007, *A History of Modern Tibet. Volume 2: The Calm before the Storm, 1951–1955*, Berkeley: University of California Press; Goldstein, Melvyn C. 2014, *A History of Modern Tibet. Volume 3: The Storm Clouds Descend, 1955–1957*, Berkeley: University of California Press.

5 Han 2013, S. 48.

6 Fischer, Andrew M. 2008, „Population Invasion versus Urban Exclusion in the Tibetan Areas of Western China“, in: *Population and Development Review*, Bd. 34, Nr. 4 (Dezember), S. 631-662.

7 Hoppe, Thomas 1997, *Tibet heute: Aspekte einer komplexen Situation*, Hamburg: Institut für Asienkunde, S. 18-32.

8 Beller-Hann, Ildikó – Trine Brox, „Introduction“, in: Ildikó Beller-Hann – Trine Brox (Hrsg.) 2014, *On the Fringes of Harmonious Society: Tibetans and Uyghurs in Socialist China*, Copenhagen: NIAS Press, S. 1-28.

9 Odgaard, Liselotte – Thomas Galasz Nielsen 2014, „China's Counterinsurgency Strategy in Tibet and Xinjiang“, in: *Journal of Contemporary China*, Bd. 23, Nr. 87 (Januar), S. 535-555, hier S. 555.

sich aus über die weit wichtigere Position des regionalen oder lokalen Parteisekretärs. In der Praxis bedeutet dies, dass die Verwaltungschefs zwar in aller Regel Minderheitenangehörige sind, ihnen vorgesetzte Parteisekretäre aber Han-Chinesen, was in der Lokalbevölkerung zu großem Unmut führt.¹⁰ Davon einmal abgesehen werden natürlich auch die Verwaltungschefs aufgrund ihrer politischen Loyalität zur KP und VRCh auf nicht-demokratischem Weg ausgewählt. Ein zweites Beispiel: Den Autonomen Regionen und Bezirken wird gestattet, Gesetze entsprechend lokaler Bedingungen und kultureller Besonderheiten flexibel auszugestalten. Gleichzeitig setzt das Gesetz sehr enge Grenzen, indem es jedweden Verstoß gegen Verfassung und andere zentralstaatliche Gesetze untersagt und verlangt, dass die politischen Maßnahmen der AR von der Zentralregierung genehmigt werden müssen.

Vor diesem Hintergrund verwundert es auch nicht, dass in den beiden Bereichen, die in hohem Maße bedeutsam für die kulturelle Identität und Selbstbestimmung der Minderheitenethnien sind, die Vorschriften besonders zweideutig ausfallen: gemeint sind Religionsfreiheit und Bildungs- bzw. Sprachpolitik. Ausdrücklich geschützt werden (analog zur Staatsverfassung) nur „normale religiöse Betätigungen“ (Artikel 11), was darunter zu verstehen ist, bleibt jedoch offen. Zugleich warnt der Gesetzestext explizit davor, Religion als Vorwand für separatistische Bestrebungen zu nutzen, und verbietet die Dominanz religiöser Angelegenheiten durch ausländische Kräfte. In Hinblick auf die Minderheitensprachen wird ebenfalls festgelegt, dass diese zu schützen seien. Die Verwendung als Verwaltungssprache ist aber nur eine „Kann“-Regelung. In der Praxis bedeutet dies, dass die dominierende Verwaltungssprache in aller Regel Hochchinesisch ist. Dies wird verschärft durch die Trends in der Bildungspolitik, die nun näher dargestellt werden sollen.

Bildungspolitik

Grundsätzlich bestehen verschiedene Modelle im Bildungssystem der chinesischen Minderheitenregionen, die nach der verwendeten Unterrichtssprache unterschieden werden: *minkaomin* (民考民) bezeichnet Unterricht für Minderheitenangehörige in ihrer jeweiligen Sprache, *min-kaohan* (民考汉) dagegen auf Chinesisch. Jenseits dieser simplen Unterscheidung wird es aber sehr komplex und unübersichtlich, da in der Realität jeweils die lokale Regierung und im Extremfall sogar jede einzelne Schule ihr eigenes Modell wählen kann und verschiedene Mischformen existieren.¹¹ Um etwas zu verallgemeinern, kann man sa-

gen, dass die Ausbildung in den Minderheitssprachen erst wieder in den 1980ern ernstgenommen wurde, nachdem in der Kulturrevolution der 1960er und 1970er Jahre das Chinesische dominierte, sofern überhaupt Unterricht abgehalten wurde. Für die TAR wurde beispielsweise in den 1980ern festgelegt, dass grundsätzlich der Grundschulunterricht auf Tibetisch abzuhalten sei. Bei den weiterführenden Schulen bestanden dagegen Wahlmöglichkeiten. Für die tibetischen Regionen Qinghais stellt der Ethnologe Adrian Zenz in den vergangenen beiden Jahrzehnten einen deutlichen Trend zur „Retibetisierung“ in der Bildung fest.¹² Gleichzeitig entwickelte sich aber auch ein gegenläufiger Trend, der nach und nach alle Minderheitenregionen erfasst, nämlich hin zu einer immer breiteren und früheren Einführung des Chinesischen als Unterrichtssprache. Begründet wird dies zumindest vordergründig plausibel damit, dass die Beherrschung der „Verkehrssprache der Mehrheitsgesellschaft“ bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt mit sich bringen und damit einen wichtigen Beitrag zur Überwindung der wirtschaftlichen Rückständigkeit der Minderheiten und ihrer Regionen leisten könne. Paradoxerweise wurde diese Sinisierung des Bildungssystems unter dem Begriff der „zweisprachigen Bildung“ (*shuangyu jiaoyu* 双语教育) propagiert.

Tatsächlich liegen die Tibeter und Uiguren im Durchschnitt weit hinter den Bildungsstandards der Han-chinesischen Bevölkerung zurück. Der Entwicklungsökonom Andrew Fischer argumentiert sogar, dass selbst die am besten qualifizierten Tibeter in Lhasa (also männliche Städter), gemessen an den geltenden Bildungsstandards, schlechter abschneiden als die am schlechtesten ausgebildeten Han-chinesischen Migrantinnen (Frauen aus ländlichen Regionen Sichuans, der Nachbarprovinz Tibets). Er führt dies aber darauf zurück, dass die weitgehend staatlich dominierte Arbeitswelt in der TAR Kenntnisse des Hochchinesischen weit über Tibetischkenntnissen bewertet.¹³ Mit anderen Worten handelt es sich hier um eine „politisch fabrizierte“ oder sozial konstruierte Ungleichbewertung. Ethnographische Einzelstudien weisen nach, dass tiefsitzende Vorurteile, die im offiziellen Diskurs der Politik verankert sind, auch in den Köpfen der Lehrer festsitzen und sich auf die Schulkinder und deren Eltern übertragen.¹⁴ Sie determinie-

Educational Trajectories of Tibetan Minority Children in Northwestern China“, in: Vanessa L. Fong – Rachel Murphy (Hrsg.), *Chinese Citizenship: Views from the Margins*, London: Routledge, S. 40-67.

12 Zenz, Adrian 2014, ‚Tibetanness‘ Under Threat? Neo-Integrationism, Minority Education and Career Strategies in Qinghai, P.R. China, Leiden: Brill.

13 Fischer, Andrew M. 2014, *The Disempowered Development of Tibet in China: A Study in the Economics of Marginalization*, Lanham: Lexington Books, Kapitel 6.

14 Yi Lin 2007, „Ethnicization Through Schooling: The Mainstream Discursive Repertoires of Ethnic Minorities“, in: *China Quarterly*, Nr. 192 (Dezember), S. 933-948; Yi Lin 2005, „Muslim Narratives of Schooling, Social Mobility and Cultural Difference: A Case-Study in Multi-ethnic Northwest China“, in: *Japanese Journal of Political Science*, Bd. 6, Nr. 1, S. 1-28. In dieselbe Richtung deuten statistische Ergebnisse eine standar-

10 Bovingdon, Gardner 2002, „The Not So Silent Majority: Uyghur Resistance to Han Rule in Xinjiang“, in: *Modern China*, Bd. 28, Nr. 1 (Januar), S. 39-78, hier S. 58.

11 Wang Shiyong 2007, „The Failure of Education in Preparing Tibetans for Market Participation“, in: *Asian Ethnicity*, Bd. 8, Nr. 2 (Juni), S. 131-148; Yi Lin 2006, „Choosing Between Ethnic and Chinese Citizenship: The

ren zwar nicht deren Lernerfolge und Schulstrategien, sind aber wichtige Einflussfaktoren hierfür. Unter der neuen Bildungspolitik, die Chinesisch als Unterrichtssprache propagiert, wird eine Hierarchisierung verstärkt und die Minderheitensprachen werden abgewertet, weil sie nicht „nützlich“ im Sinne einer rein ökonomischen Betrachtung sind. Dabei ist der Arbeitsmarkterfolg auch für *minkaohan* heutzutage keineswegs mehr garantiert, weil die gesamte chinesische Gesellschaft eine enorme Bildungsexpansion erlebt hat und die Beschäftigungsgarantien für Absolventen höherer Bildungseinrichtungen im Zuge der marktwirtschaftlichen Reformen auch für die Minderheitenangehörigen abgeschafft wurden. Zugleich bedroht diese Sprachpolitik aber die kulturellen Identitäten der betroffenen Minderheiten in existenzieller Weise.¹⁵ In dieser komplexen Gemengelage ist ein wichtiges Motiv der jüngeren Welle des Widerstands zu sehen.

Man muss bei der Bewertung der Bildungspolitik genau abwägen. Einerseits darf man den parteistaatlichen Akteuren keine Allmacht unterstellen: Oft genug weichen die Ergebnisse von den intendierten Zielsetzungen ab. Dies zeigt sich besonders deutlich bei einer Variante der Minderheitenbildung, in welcher die Schüler aus ihren Heimatregionen in Städte des chinesischen Kernlands verpflanzt werden. Diese sogenannten „Inlandsklassen“ (*neidiban* 内地班) wurden für Tibeter bereits in den 1980ern, für Xinjiang (und hier insbesondere für Uiguren) erst ab 2000, dann aber in größerem Maßstab eingerichtet. Aus Tibet gelangten auf diese Weise bis heute ca. 32.000 Mittelschüler ins Inland,¹⁶ während die Xinjiang-Klassen inzwischen jährlich 10.000 Schüler umfassen (davon per Quote 80% aus dem uigurisch dominierten Süden Xinjiangs).¹⁷ In beiden Programmen werden die Schüler aus den Minderheitenregionen rein auf Chinesisch unterrichtet, an Han-chinesisch dominierten Mittelschulen nach dem lokalen Lehrplan, und besuchen gegebenenfalls später Universitäten.

Wie im Fall ethnisch gemischter Schulen in den Herkunftsregionen¹⁸ werden die Schüler dazu angehalten, sozialen Umgang mit den Han zu pflegen, um von deren vermeintlich höheren inhärenten „Qualität“ (*suzhi* 素质) zu profitieren. Aber genau aus dem Grund dieses angenommenen „Qualitätsgefälles“ ist diese ethnische Kluft oft unüberwindlich. Im Gegenteil werden die *neidi*-Studenten in den Mittelschulen in der Praxis oft in eigenen Klassenverbänden von den anderen segregiert. Eine echte Auseinandersetzung mit dem ethnisch „Anderen“ findet so kaum statt. Nach ihrem Abschluss oder in den Universitäten, wo eine Segregation nicht mehr möglich ist, wird den *neidi*-Studenten ihre Andersartigkeit schlagartig bewusst gemacht. Dies führt bei nicht wenigen dazu, dass sie sich nun wieder verstärkt mit ihren kulturellen Wurzeln beschäftigen, inklusive Sprache und zum Teil Religion. In einer ganzen Reihe von Fällen ist sogar eine Retraditionalisierung zu beobachten, die mit einer Ablehnung der Mehrheitsgesellschaft bzw. der chinesischen Dominanz über die Minderheitengebiete einhergeht.¹⁹ Das heißt, selbst unter diesen „Idealbedingungen“ gelingt es staatlichen Bildungseinrichtungen nicht, ihre Zielsetzung voll zu erreichen, dass nämlich die Minderheiten zu ökonomisch nützlichen, selbstgetriebenen, strebsamen und vor allem dem chinesischen Parteistaat gegenüber loyalen Subjekten herangezogen werden. Noch viel mehr gilt dies für das Bildungssystem der Heimatregionen, die noch mehr Potenzial für lokale Handlungsmacht bieten.²⁰

Beijings Entwicklungsstrategie: Wirtschaftsaufbau und Urbanisierung

Auf der anderen Seite darf man das Potenzial lokaler *agency* – also Handlungsmacht – auch nicht übertreiben und romantisieren. Vielmehr sind die Handelnden oft in Dilemmata gefangen, die zwar Wahlmöglichkeiten beinhalten, aber nur zwischen Handlungsoptionen, die alle keineswegs optimal sind. Dies gilt für den Bildungsbereich, wo vermeintlich bessere Arbeitsmarktchancen einer *minkaohan*-Ausbildung gegen deren Konsequenz der kulturellen Entwurzelung (Verlernen der eigenen Sprache und Schrift) abgewogen werden müssen, ebenso wie für die Wirtschafts- und Entwicklungspolitik. In Bezug auf die von Minderheiten geprägte und ökonomisch weit zurückliegende Westregion verfolgt die VR-Regierung schon seit über eineinhalb Jahrzehnten ein Aufbauprogramm (*xibu da kaifa* 西部大开发). Dieses setzt vor allem auf giganti-

disierten Datenerhebung: Yang Yunfang *et al.* 2015, „The Han-Minority Achievement Gap, Language, and Returns to Schools in Rural China“, in: *Economic Development and Cultural Change*, Bd. 63, Nr. 2 (Januar), S. 319-359, hier S. 348-349.

15 Zenz 2014; Hann, Chris 2014, „Harmonious or Homogenous? Language, Education and Social Mobility in Rural Uyghur Society“, in: Trine Brox – Ildikó Bellér-Hann (Hrsg.), *On the Fringes of Harmonious Society: Tibetans and Uyghurs in Socialist China*, Copenhagen: NIAS Press, S. 183-208; Robin, Françoise 2014, „Streets, Slogans ad Screens: New Paradigms for the Defense of Tibetan Language“, *ibid.*, S. 209-234.

16 Postiglione, Gerard A. – Ben Jiao – Ngawang Tsering 2009, „Tibetan Student Perspectives about Neidi Schools“, in: Zhou Minglang – Ann Hill (Hrsg.) 2009, *Affirmative Action in China and the United States: A Dialogue on Inequality and Minority Education*, Houndmills: Palgrave MacMillan, S. 127-142, geben für 1985–2005 die Gesamtzahl von 25.000 tibetischen Schülern an. Die offizielle Nachrichtenagentur *Xinhua* spricht von insgesamt 32.000; http://news.xinhuanet.com/politics/2015-05/25/c_1115398339.htm (02.03.2016).

17 Grose, Timothy 2015, „(Re)Embracing Islam in Neidi: The ‚Xinjiang Class‘ and the Dynamics of Uyghur Ethno-national Identity“, in: *Journal of Contemporary China*, Bd. 24, Nr. 91 (Januar), S. 101-118.

18 Vgl. Yi Lin 2016, „A Failure of ‚Designed Citizenship‘: A Case Study in a Minority-Han Merger School in Xinjiang Uyghur Autonomous Region“, in: *Japanese Journal of Political Science*, Bd. 17, Nr. 1, S. 22-43.

19 Grose 2015; Yi Lin – Wang Lili 2012, „Cultivating Self-worth Among Dislocated Tibetan Undergraduate Students in a Chinese Han-dominated National Key University“, in: *British Journal of Sociology of Education*, Bd. 33, Nr. 1 (Januar), S. 63-80.

20 Zenz 2014; Yi Lin 2016.

sche Infrastrukturinvestitionen, wie den Anschluss Tibets an das chinesische Eisenbahnnetz, die weitreichende Konsequenzen für die Integration der Westregion in die Wirtschaft der VRCh besitzen. Flankiert wird das Ganze von anderen Programmen, wie dem „Aufbau der neuen sozialistischen Dörfer“ (*shehui zhuyi xin nongcun jianshe* 社会主义新农村建设), die für ganz China gelten, aber in den Minderheitenregionen besondere Auswirkungen zeigen. Die Sozialgeographin Emily Yeh zeigt, wie durch Urbanisierungsprojekte die betroffenen tibetischen Familien oftmals in eine Schuldenfalle getrieben und ihre eigenen Vorstellungen vom guten Wohnen über den Haufen geworfen werden. Stattdessen dominiert eine Architektur, die nach Han-chinesischen Vorstellungen „modern“ ist, aber nicht an die Standortbedingungen angepasst wird.²¹ In der Folge dieser Ansiedlungspolitik kommt es zudem häufig zu Arbeitslosigkeit, da die alte Lebensgrundlage in der Landwirtschaft zugunsten der Urbanisierung preisgegeben wurde. Dies wiederum hat Folgeprobleme wie den Verlust der Sinnhaftigkeit des Lebens, verstärkten Alkoholkonsum und Müßiggang – eigentlich genau das Gegenteil dessen, was sich die staatlichen Entwicklungsprogramme erhofft hatten, nämlich eine Aktivierung bislang brachliegender Potenziale.

Natürlich sind diese Probleme auch in Han-chinesischen Regionen zu beobachten, die eine ähnliche staatlich angeleitete Urbanisierung durchlaufen.²² Aber in Tibet und Xinjiang werden diese Eingriffe unter der Perspektive der jeweiligen ethnischen Konflikte betrachtet und tragen zu deren Verschärfung bei. Teilweise scheint dies unvermeidlich, da diese sozialen Transformationsprozesse mit einer Abschaffung hergebrachter Lebensweisen einhergehen. So verfolgt die Regierung in Qinghai ein Programm, das zum Ziel hat, nomadische und semi-nomadische tibetische Hirten sesshaft zu machen, mit der Begründung, das Grasland müsse vor Überweidung geschützt werden. Ethnographische Fallstudien zeigen deutlich, wie diese Ansiedlungsprogramme – trotz Gegenstrategien, denen aber enge Grenzen gesetzt sind – zu einer strikteren Kontrolle der Bevölkerung und zu ihrer ökonomischen Marginalisierung führen.²³ Diese Ansiedlungsprogramme sind sicherlich ein Faktor, der zu der jüngsten Widerstandswelle in Osttibet beigetragen hat. Dort, wo staatliche Förderprogramme eher mit lokalen Präferenzen für traditionelle Lebensstile

und Produktionsweisen konform sind, werden sie hingegen viel eher akzeptiert.²⁴

Im Großen und Ganzen jedoch muss man konstatieren, dass die staatlichen Programme hinter ihren eigenen Zielen zurückbleiben und der Entwicklungsrückstand der Westregion (insbesondere Tibet und Xinjiang) zu Ostchina nicht reduziert werden konnte, und das, obwohl Unsummen an staatlichen Subventionen und Investitionen in beide Regionen (v.a. aber die TAR) geflossen sind.²⁵ Wie Fischer in einer vergleichenden Studie zu Xinjiang und Tibet feststellt, hat in beiden Regionen die Exklusion der Minderheiten auf dem Arbeitsmarkt trotz teils beachtlicher Wachstumsraten auf makroökonomischer Ebene zugenommen.²⁶ Die Zentralregierung gibt nicht zu wenig Geld für die Entwicklung des Westens aus, aber sie tut dies auf eine Art und Weise, die dazu führt, dass sich die ökonomische Marginalisierung der Minderheiten eher vergrößert. In Xinjiang kommt dabei dem militärisch organisierten und auf Landwirtschaft ausgerichteten Produktions- und Aufbaukorps (*shengchan jianshe bingtuan* 生产建设兵团) eine besondere Bedeutung zu. Diese Han-chinesisch dominierte Organisation versieht seit Gründung der VRCh ökonomische, administrative und sicherheitspolitische Aufgaben und trägt ihren Teil zur Marginalisierung der Uiguren bei.²⁷ Auch in dieser sozioökonomischen Dynamik ist ein wichtiger Erklärungsfaktor für die Proteste zu sehen, die seit 2008 in beiden Regionen an Häufigkeit und Drastik zugenommen haben. So zeigt beispielsweise eine Umfrage des Soziologen Zang Xiaowei von 2007, dass für uigurische Befragte in Urumqi ihre ethnische Zugehörigkeit eine große Rolle dafür spielt, wie sie ihre eigene Position in der sozialen Hierarchie einschätzen. Sie fühlen sich allein aufgrund ihrer Ethnizität einer niedrigeren Schicht zugehörig als Han-Chinesen mit vergleichbaren sozioökonomischen Merkmalen.²⁸ Eine Umfrage des Wirtschaftsgeographen Anthony Howell im Juli 2008 (genau ein Jahr vor den großen Protesten also) belegte die enormen Einkommensunterschiede zwischen den ethnischen Gruppen in Urumqi: Unabhängig von Bildungsstand

21 Yeh, Emily T. 2013, *Taming Tibet: Landscape Transformation and the Gift of Chinese Development*, Ithaca: Cornell University Press, Kapitel 7.

22 Ong, Lynette H. 2014, „State-Led Urbanization in China: Skyscrapers, Land Revenue and ‚Concentrated Villages‘“, in: *China Quarterly*, Nr. 217 (März), S. 162-179. Tibets Urbanisierungsrate stieg von 2006 bis 2014 von 21% auf 26%.

23 Nyima, Tashi 2014, „In the Name of Conservation and Harmonious Development: The Separation of Pastoralists from Pastures in Tibet“, in: Trine Brox – Ildikó Bellér-Hann (Hrsg.), *On the Fringes of Harmonious Society: Tibetans and Uyghurs in Socialist China*, Copenhagen: NIAS Press, S. 127-158; Cencetti, Elisa 2014, „New Settlements on the Tibetan Plateau of Amdo-Qinghai; Spatialized Power Devices“, *ibid.*, S. 159-182.

24 Hann 2014, S. 201 (Fußnote 15), bringt ein Beispiel aus Xinjiang.

25 Grewal, Bhajan S. – Abdullahi D. Ahmed 2011, „Is China's Western Region Development Strategy on Track? An Assessment“, in: *Journal of Contemporary China*, Bd. 20, Nr. 69 (März), S. 161-181; Fischer, Andrew M. 2015, „Subsidizing Tibet: An Interprovincial Comparison of Western China Up to the End of the Hu-Wen Administration“, in: *China Quarterly*, Nr. 221 (März), S. 73-99.

26 Fischer, Andrew M. 2014, „Labour Transitions and Social Inequalities in Tibet and Xinjiang: A Comparative Analysis of the Structural Foundations of Discrimination and Protest“, in: Trine Brox – Ildikó Bellér-Hann (Hrsg.), *On the Fringes of Harmonious Society: Tibetans and Uyghurs in Socialist China*, Copenhagen: NIAS Press, S. 29-68.

27 Chaudhuri, Debashi 2010, „Minority Economy in Xinjiang: A Source of Uyghur Resentment“, in: *China Report*, Bd. 46, Nr. 9, S. 9-27; Zhu Yuchao – Dongyan Blachford 2016, „Old Bottle, New Wine? Xinjiang Bingtuan and China's Ethnic Frontier Governance“, in: *Journal of Contemporary China*, Bd. 25, Nr. 97 (Januar), S. 25-40.

28 Zang Xiaowei 2012, „Scaling the Socioeconomic Ladder: Uyghur Perceptions of Class Status“, in: *Journal of Contemporary China*, Bd. 21, Nr. 78 (November), S. 1029-1043.

und Arbeitserfahrung verdienten uigurische Arbeitnehmer im Dienstleistungssektor 29% weniger.²⁹ Nach dieser Studie handelt es sich um einen segmentierten Arbeitsmarkt, in dem Han privilegierten Zugang zu formaler Beschäftigung genießen, während Uiguren in den informellen Sektor gedrängt werden. Höhere Bildung wirkt sich aber nur bei formaler Anstellung positiv auf das Einkommen aus. Das bedeutet, dass Uiguren der von der Regierung propagierte Aufstieg durch Bildung aufgrund der Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt stark erschwert oder sogar unmöglich ist. Vor diesem Hintergrund sehen Kritiker des Programms zur Entwicklung der Westregion es als eine verfehlte Politik an, die zum einen wirkungslos bleibt und zum anderen den Minderheiten grundsätzlich die Fähigkeit abspricht, sich eigenständig zu modernisieren, und so ihre Abhängigkeit von den Han-Chinesen verfestigt.³⁰

Widerstand und Protest seit 2008

Die Zuspitzung der jüngsten Tibet-Proteste seit März 2008 hing zum einen mit dem Jahrestag des Lhasa-Aufstands von 1959, zum anderen mit den bevorstehenden Olympischen Spielen von Beijing zusammen, die ein verstärktes internationales Medienecho versprachen. Die Auseinandersetzungen begannen mit Demonstrationen in Lhasa, die zunächst friedlich verliefen und von tibetischen Mönchen angeführt wurden, sich aber radikalisierten und schließlich in gewaltsame Straßenproteste ausarteten. Es wurden chinesische Geschäfte angezündet und geplündert und es kam zu Toten und Verletzten, vor allem unter Han und Hui, einer muslimischen Minderheit (nach offiziellen Regierungsangaben 19 Tote und 382 Verletzte). Während die Polizei durch hartes Durchgreifen Lhasa schnell zur Ruhe brachte, breiteten sich zumeist friedliche Demonstrationen aber weiter über das Tibet-Qinghai-Plateau aus. Nach Angaben der tibetischen Exilregierung starben bei der Unterdrückung der Proteste 220 Tibeter, 5.600 wurden verhaftet, 290 verurteilt und 1.000 verschwanden einfach.³¹ Dieser Verbreitungsgrad der Demonstrationen war ein Novum und weist darauf hin, dass die Tibet-Problematik eben über die TAR hinausgeht und ihre Ursachen vielfältig und mehrdimensional sind, wie oben ausgeführt. Neben den sozialen und ökonomischen Verwerfungen inklusive Han-Migrati-

on spielen sicherlich auch die verschärften Kontrollen über religiöse Aktivitäten eine Rolle.³²

Ein gutes Jahr später – im Juli 2009 – war dann Urumqi der Schauplatz ethnisch motivierter Gewalt, als Demonstrationen ausarteten und nach offiziellen Angaben 197 Menschen (ganz überwiegend Han-Chinesen) das Leben kosteten (1.700 Verletzte). Vertreter der Exilorganisation Weltkongress der Uiguren bezweifeln diese Zahlen und veranschlagen weit höhere Opferzahlen unter Uiguren. Auch hier reagierten die Sicherheitskräfte mit harter Hand und den Protesten folgte eine enorme Verhaftungswelle, gefolgt von Hinrichtungen.³³ Ausgelöst wurden diese Proteste durch einen Vorfall in der südostchinesischen Provinz Guangdong, bei dem – nach einer angeblichen Vergewaltigung einer Han-Chinesin durch einen Uiguren – bei Auseinandersetzungen zwischen den beiden Gruppen zwei Uiguren ums Leben gekommen waren. Man kann eine bittere Ironie darin erblicken, dass die uigurischen Arbeiter im Rahmen eines staatlichen Programms zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Xinjiang nach Guangdong gebracht worden waren, mit dem ethnischen Spannungen der Boden entzogen werden sollte.³⁴

Obwohl sich die beiden Protestereignisse von 2008 in Tibet und 2009 in Xinjiang oberflächlich ähnelten, entwickelten sich die beiden Konflikte später in radikal unterschiedliche Richtungen. Im Falle von Tibet kam es ab 2009 zu einer Welle von Selbstverbrennungen, während uigurische Protestierende Gewalt gegen Vertreter der chinesischen Staatsmacht oder auch unbeteiligte Zivilisten einsetzten. Diese Unterschiede zeigen, dass trotz der deutlichen Parallelen auch große Unterschiede zwischen den beiden Fällen bestehen, was die historischen Hintergründe, die politischen Dynamiken und die Einbettung in internationale Zusammenhänge angeht.

Selbstverbrennungen von Tibetern

Nach aktuellem Stand der Zählung auf der Homepage der International Campaign for Tibet haben zwischen 2009 und März 2016 145 Menschen in den tibetischen Gebieten der VRCh sich selbst mit Benzin übergossen (oft auch einige Schlucke davon getrunken) und sich angezündet, um ein Fanal gegen die Besetzung Tibets und für Religionsfreiheit und die Rückkehr des Dalai Lama zu setzen.³⁵ Der aller-

29 Howell, Anthony J. 2013, „Chinese-Muslim Income Disparity in Urumqi: An Analysis of Han-Uyghur Labour Market Outcomes in the Formal and Informal Economies“, in: *China: An International Journal*, Bd. 11, Nr. 3 (Dezember), S. 1-23.

30 Barabantseva, Elena V. 2009, „Development as Localization: Ethnic Minorities in China's Official Discourse on the Western Development Project“, in: *Critical Asian Studies*, Bd. 41, Nr. 2, S. 225-254; Zukosky, Michael L. 2012, „Quality, Development Discourse, and Minority Subjectivity in Contemporary Xinjiang“, in: *Modern China*, Bd. 38, Nr. 2, S. 233-264.

31 Topgyal, Tsering 2011, „Insecurity Dilemma and the Tibetan Uprising in 2008“, in: *Journal of Contemporary China*, Bd. 20, Nr. 69 (März), S. 183-203.

32 Han Enze – Christopher Park 2015, „Dynamics of Political Resistance in Tibet: Religious Repression and Controversies of Demographic Change“, in: *China Quarterly*, Bd. 217 (März), S. 69-98.

33 Angaben zu Verhaftungen (1.500 bis zu 4.000) und Verurteilungen in Xinjiang sind weniger präzise; vgl. World Uyghur Congress, „WUC to Commemorate Victims on 4th Anniversary of Urumchi Unrest“, www.uyghurcongress.org/en/?p=20639%20WUC%20to%20Commemorate%20Victims%20on%204th%20Anniversary%20of%20Urumchi%20Unrest (02.03.2016).

34 Han 2013, S. 54.

35 International Campaign for Tibet; www.savetibet.org/resources/factsheets/self-immolations-by-tibetans/ (04.07.2016).

größte Teil davon ist an den Verletzungen qualvoll gestorben. Was kann diese fatale Form des Protestes erklären?

Bereits 1998 und 2006 kam es im indischen Exil zu Selbstverbrennungen junger Tibeter, von denen sich der Dalai Lama jedoch distanzierte, weil er diese Protestform als gewaltsam ablehnte. Die erste Selbstverbrennung innerhalb der VRCh fand am 27. Februar 2009 in Amdo statt (Region Ngawa, chin. Aba 阿坝, Nordwest-Sichuan). Diese Region wurde im Folgenden zum Zentrum der Bewegung, noch präziser kann man das dortige Kloster Kirti als Fokus identifizieren. Es dauerte allerdings noch bis zur zweiten Selbstverbrennung am 16. März 2011 (3. Jahrestag der Proteste von 2008) durch den Mönch Phuntsok ebenfalls in Ngawa, bis die große Welle dieser Proteste losging. Die Reaktionen der Exilregierung waren nun etwas anders als noch in den 1990ern: Der Dalai Lama verdammt die Aktionsform nicht, sondern äußerte Verständnis, indem er die Protestierenden als zutiefst verzweifelte Menschen beschrieb, die an der Unterdrückung litten.³⁶ Ähnlich äußerte sich auch sein Premierminister Lobsang Sangay. Bis heute ist der Dalai Lama noch nicht mit einer deutlichen Stellungnahme gegen die Selbstverbrennungen zu Protokoll genommen worden. Er bedauert zwar das Leiden und bezweifelte auch die Effektivität der Proteste gegen ein unmenschliches Regime, das zu Mitleid nicht in der Lage sei. Aber eine deutlichere Stellungnahme – geschweige denn ein Aufruf, die Selbstverbrennungen zu stoppen – ist von ihm oder der Exilregierung nicht zu hören gewesen.³⁷ Selbstverständlich nimmt die VR-Regierung dies allein schon zum Anlass, ihn für die Tode und Verletzungen zumindest moralisch in der Verantwortung zu sehen. Wie Robert Barnett, ein ausgewiesener Tibetkenner, erörtert, hat sich die Darstellung der VR-Medien dabei leicht gewandelt: Während v.a. lokale Regierungsstellen und Medien in China den Dalai Lama bzw. die „Dalai Clique“ direkt als Anstifter der Selbstverbrennungen benannten, wurde der Ton später entschärft.³⁸ Unter anderem fällt auf, dass offizielle chinesische Kommentare die Menschen, die sich selbst verbrennen, inzwischen nicht mehr als „Kriminelle“, „geistig Verwirrte“ oder „Drogen-“ bzw. „Alkoholsüchtige“ darstellen, also zu diffamieren versuchen. Stattdessen werden sie als „unschuldig von anderen Verführte“ portraitiert, die „Anstifter“ dagegen verdammt und schlechtgemacht. Einige von ihnen wurden in den letzten Jahren auch schon in Schauprozessen zu jahrelangen Haftstrafen verurteilt (und entsprechende Gesetze hastig angepasst). Unabhängig davon, ob deren Geständnisse glaubwürdig sind oder nicht:

Was für eine solche Interpretation spricht, ist die Tatsache, dass es sich bei den Tibetern, die sich angezündet haben, zu ganz überwiegendem Teil um sehr junge Menschen handelt, die vielleicht tatsächlich leichter zu beeinflussen waren. Es gibt auch Ausnahmen, wie zwei Personen über 60 Jahre und insgesamt ca. 15 über 40 Jahre. Aber von den übrigen auf der Homepage der Exilregierung genannten Personen sind die restlichen über 100 jünger, die meisten in ihren 20ern oder sogar noch Teenager. Man kann also tatsächlich von einem Muster sprechen. Was gegen diese Perspektive spricht, ist, dass sie genau in das chinesische Deutungsschema passt, das schon seit sehr langer Zeit dominant ist und alle anderen Perspektiven verdrängt: Schon seit dem späten 19. Jahrhundert werden in Beijing immer *externe* Kräfte im Spiel gesehen, wenn Tibet sich gegen chinesische Einflussnahme wehrt – teils zu Recht, aber teils eben auch einfach reflexartig und ungeprüft. Dass die Exil-Community so schnell über moderne Kommunikationskanäle von den Selbstverbrennungen erfuhr, umgehend große Solidaritätskundgebungen stattfanden und in allen Medien darüber berichtet wurde, beweist noch lange nicht, dass sie auch die Menschen, die sich selbst angezündet haben, dazu verleitet und missbraucht hätte.

Robert Barnett charakterisiert diesen Erklärungsansatz als „Anstiftung von außen“ und kontrastiert ihn mit dem alternativen Ansatz „Reaktion auf Politik“.³⁹ Zu letzterem zählt er auch die Erklärung, die zumindest in Teilen der VR-Presse und Regierungsverlautbarungen ebenfalls durchscheint, dass nämlich mangelnde Entwicklung ein Auslöser für die Selbstverbrennungen gewesen sei. Dies entspricht einem anderen alten Denkschema der KP: Alle Widersprüche zwischen Minderheiten und Han seien letztlich den materiellen Bedingungen geschuldet. Diese Perspektive ist klar defizitär, da sie die eigentlichen Kernprobleme der Identitätskrise nicht beachtet. Hier scheint es der KP an Einsichtsfähigkeit in die enorme Bedeutung, die kulturelle und identitäre Aspekte besitzen, zu fehlen. Dieses Defizit lässt sich auch an anderen Problemfällen wie den Uiguren nachweisen. Die folgerichtige Antwort auf ein so wahrgenommenes Problem lautet, dass mehr Entwicklung erforderlich sei: also mehr Investitionen, mehr Transfer von Technologie, was wiederum nur durch Han-Migranten erreicht werden kann, und bessere Bildung, was gegenwärtig als Bildung mit Chinesisch als Unterrichtssprache interpretiert wird. Mit anderen Worten bestärkt dies nur die Fortsetzung und Intensivierung der kontraproduktiven und verfehlten Tibet-Politik der KP.

Ein weiterer Aspekt dieser Deutung seitens des Partei-staats betrifft die Religion: Insofern als die Regierung eine ideelle Dimension der Proteste anerkennt, nämlich wo sie Religionsfreiheit fordern, da wird auch dies nicht zum Anlass genommen, die bisherige Politik kritisch zu hinterfragen. Im Gegenteil verstärkt dies die ohnehin schon prob-

36 Buffetrille, Katia 2012, „Self-Immolation in Tibet: Some Reflections on an Unfolding History“, in: *Revue d'Etudes Tibétaines*, Bd. 25 (Dezember), S. 1-17.

37 Der ins Exil geflohene Karmapa Lama rief hingegen deutlich zu einem Ende der Selbstverbrennungen auf, wenngleich er Verständnis für sie äußerte; www.kagyuooffice.org/#HHKarmapaStatement (24.03.2016).

38 Barnett, Robert 2012, „Political Self-Immolation in Tibet: Causes and Influences“, in: *Revue d'Etudes Tibétaines*, Bd. 25 (Dezember), S. 41-64.

39 *Ibid.*

lematischen Aspekte der Tibet-Politik. Seit den Protesten von 2008 haben sich die Kontrollen der tibetischen Klöster deutlich verschärft: In der Niederschlagung der Demonstrationen wurden Einheiten der Bewaffneten Volkspolizei (*renmin wuzhuang jingcha* 人民武装警察) in Klöster geschickt, die Durchsuchungen und Festnahmen teils sehr brutal vollstreckten.⁴⁰ Dies wurde als deutliche Provokation und Eskalation von Seiten der tibetischen Mönche empfunden. Auch nach der direkten Reaktion auf die Proteste ließ der Druck auf die Klöster keineswegs nach. Stattdessen wurden zahlreiche Überwachungskameras angebracht, um schnell auf Demonstrationen reagieren zu können. Einheiten der Bewaffneten Volkspolizei wurden in die Nähe von „krisenanfälligen“ Klöstern (wie Kirti in Ngawa) verlegt. Die internen Selbstverwaltungsorgane der Klöster („Demokratischen Managementkomitees“), die immerhin noch von den Mönchen selbst gewählt wurden, wurden teilweise durch weitere extern eingesetzte Kontrollinstitutionen in den Klöstern ergänzt, um der Partei noch direktere Einflussmöglichkeiten zu sichern.⁴¹ Was aber die Gemüter wohl am meisten erregte: Die Klöster wurden einer erneut verschärften „patriotischen Erziehungskampagne“ unterworfen, die nun auch Osttibet voll erfasste, das vor 2008 weit laxer behandelt wurde. Hierin sehen die Kritiker der VRCh den Hauptauslöser für die Selbstverbrennungen, die in Osttibet von den Mönchen und Nonnen ausgingen, bevor sie sich auch auf die Zivilbevölkerung ausdehnten. Nicht nur wurde der Dalai Lama persönlich in den Medien diffamiert, die Mönche und Nonnen wurden selbst dazu gezwungen, ihm abzuschwören und ihn zu kritisieren oder zu beschimpfen. Wer sich weigerte, wurde schnell aus dem Kloster entfernt oder gleich in Haft genommen, was häufig auch mit Misshandlungen einherging. Dies war eine für Osttibet komplett neue Politik und wird von vielen Kommentatoren als Grund dafür gesehen, weshalb die Selbstverbrennungen gerade hier ihren Ausgang nahmen.⁴²

Während die Kritiker also die Selbstverbrennungen in diesem Licht als Reaktion auf verfehlte Religionspolitik Beijings in den tibetischen Gebieten deuten, wird in Beijing die Religion selbst als Kernübel ausgemacht. Religion steht hierbei als ein weiteres Merkmal der mangelnden Entwicklung Tibets: In der Ideologie der Kommunistischen Partei, die selbst den Atheismus vertritt, wird – zumindest „übermäßige“ – Religiosität als Zeichen der Unterentwicklung

gedeutet. Säkularisierung bedeutet dagegen Fortschritt. Damit befindet sich die KP mit ihrer Religionspolitik jedoch in einem argen Zwiespalt zwischen atheistischer Partei und „Behüterin des wahren tibetischen Buddhismus“, da sie für sich selbst in Anspruch nimmt, als einzige Instanz Reinkarnationen tibetischer Lamas endgültig anerkennen zu können (einschließlich des Dalai Lama).⁴³

Es wäre natürlich entscheidend, die Menschen, die sich anzündeten, selbst zu befragen, wie sie ihre Proteste begründeten. Jedoch liegen nur von den wenigsten tatsächlich schriftliche Zeugnisse vor, von weiteren sind mündliche Aussagen überliefert, die von Freunden oder Aktivisten ins Ausland (zur Exil-Community) weitergegeben wurden. Diese weisen zumeist folgende Gemeinsamkeiten auf: Es ging den Protestierenden um Fragen der bedrohten tibetischen Kultur und Identität (in einem Fall explizit die neue Sprachpolitik in Schulen Qinghais), um Religionsfreiheit und die Rückkehr des Dalai Lama. Dies sind alles Dinge, die für die von Tsering Topgyal – noch vor den Selbstverbrennungen – aufgestellte Hypothese eines „Identitätsdilemmas“ sprechen.⁴⁴ Dies deckt sich auch mit den Beobachtungen von Zenz unter gebildeten Tibetern in Qinghai, die eine breite Debatte über die Bedrohung des „Tibetertums“ führen. Vor diesem Hintergrund ist es umso tragischer, dass die KP- und Staatsführung der VRCh offenbar nicht erkennt, dass sie dieser Probleme eben nicht allein durch wirtschaftliche Entwicklung und Säkularisierung Herr werden kann.

Inzwischen scheint die Welle an Selbstverbrennungen abgeebbt zu sein: Für 2013 listet die International Campaign for Tibet 26 Fälle auf, für 2014 11 Fälle und für 2015 „nur“ noch 7, für das erste Quartal 2016 zwei Fälle. Das heißt natürlich nicht, dass die auslösenden Probleme behoben oder verschwunden wären. Aber zum einen hat der chinesische Staat seine Überwachung und die Prävention solcher Proteste (z.B. durch fest installierte Kameras und überall angebrachte Feuerlöscher) verstärkt. Und auch die Propaganda gegen die „Anstifter“ und deren Verurteilungen werden einen gewissen Effekt gehabt haben. Damit wird der Druck auf das soziale Umfeld potenzieller Aktivisten verstärkt. Zum anderen blieben die Selbstverbrennungen politisch wirkungslos: Zwar gelang es, dadurch die Weltöffentlichkeit noch einmal zu mobilisieren und zu schockieren. Aber für die Sache der Tibeter (wie auch immer verstanden) waren sie nicht zielführend. Das ist selbstverständlich keine Gewähr dafür, dass sich die Lage nicht auch wieder zuspitzen könnte.

40 Woese, Tsering – Wang Lixiong 2014, *Voices from Tibet: Selected Essays and Reportage*, edited and translated by Violet S. Law, Hong Kong: Hong Kong University Press, S. 33f.; Shakya, Tsering 2012, „Self-Immolation: The Changing Language of Protest in Tibet“, in: *Revue d'Etudes Tibétaines*, Bd. 25 (Dezember), S. 19-39.

41 Human Rights Watch, „China: Tibetan Monasteries Placed Under Direct Rule. Decision Ends Long-Standing Policy Allowing Nominal Self-Rule of Monasteries“, <https://www.hrw.org/news/2012/03/16/china-tibetan-monasteries-placed-under-direct-rule> (29.04.2016).

42 Congressional-Executive Commission on China 2011, „Special Report: Tibetan Monastic Self-Immolations Appear To Correlate With Increasing Repression of Freedom of Religion“, Washington (23. Dezember).

43 Chen, Binglin 2016, „China compiles database of ‚living Buddhas‘ ... and guess who's not on the list?“, in: *South China Morning Post* (19. Januar), Online-Ausgabe.

44 Topgyal 2011.

Gewaltsamer Widerstand oder islamistischer Terror: Die Reaktion der Uiguren

Bezüglich der Aktivitäten uigurischer Widerständler ist vorwegzuschicken, dass wirklich verlässliche Informationen über die Vorgänge leider fehlen und von offizieller chinesischer Seite auch teilweise als Staatsgeheimnisse behandelt werden. Klar ist, dass die Gewalt zugenommen hat, auch wenn es bereits in den späten 1990er Jahren eine Reihe von Bombenanschlägen durch Uiguren sowohl in Urumqi als auch in Beijing gegeben hatte. Diese folgten großen, teilweise gewaltsamen Auseinandersetzungen in Yining (Gulja) 1997, die in mancherlei Hinsicht den Krawallen von Urumqi zwölf Jahre später ähnelten. Durch sehr hartes Durchgreifen gelang es den chinesischen Sicherheitskräften aber, in der Folge gewaltsame Ausschreitungen weitgehend zu unterbinden. Dabei wurden drakonische Strafen verhängt und zahlreiche Hinrichtungen öffentlich vollstreckt, um die Abschreckungswirkung zu vergrößern. Ein Bericht von Amnesty International dokumentierte für den Zeitraum 1997 bis 1999 210 Todesstrafen, von denen 190 kurz nach dem Urteil vollstreckt wurden.⁴⁵ Bereits zu diesem Zeitpunkt stellte die chinesische Regierung die Verbindung zu internationalen Kräften in den Vordergrund ihrer Erklärungen. In der Tat ist in ihrem Kampf gegen die sogenannten „drei Übel“ (*san gu shili* 三股势力: Terrorismus, ethnischer Separatismus, religiöser Extremismus) ein Hauptmotiv für die aktive Rolle der VRCh bei der Einrichtung der Shanghai Cooperation Organisation zu erblicken, also der multilateralen Organisation, die seit 2001 China, Russland und die zentralasiatischen Staaten verbindet.⁴⁶ Vor dem Hintergrund der islamistischen Anschläge in den USA am 11. September desselben Jahres verstärkte die chinesische Regierung ihre Rhetorik in dieser Hinsicht weiter und es gelang ihr, die USA 2002 dazu zu bewegen, eine uigurische Gruppe auf die Liste der Terrororganisationen zu setzen.⁴⁷ Noch kurz vor den Krawallen in Urumqi 2009 zog der US-Politikwissenschaftler Martin Wayne ein relativ positives Fazit zu Chinas „Krieg gegen den Terror“ in Xinjiang: Die Brutalität der Maßnahmen habe seit den späten 90er Jahren abgenommen, aber die Effektivität der Kampagne sei gesteigert worden.⁴⁸

Inzwischen hat sich dieser Eindruck gewandelt. Denn seit 2009 gibt es eine nicht enden wollende Serie von Angriffen mit Messern oder Kraftfahrzeugen, die sich gegen Menschenmengen und nicht mehr speziell gegen Sicherheitskräfte oder Regierungsvertreter richten. Auch selbstgebastelte Bomben kommen wieder zum Einsatz. Die Angriffe, die am meisten Aufsehen erregten, fanden außerhalb Xinjiangs, nämlich in Kunming und im Zentrum Beijings statt. Am 28. Oktober 2013 raste ausgerechnet vor dem Tor des Himmlischen Friedens auf dem gleichnamigen Platz ein Geländewagen in eine Menschenansammlung und brach in Flammen aus. Die drei uigurischen Passagiere und zwei Touristen kamen dabei ums Leben, 38 weitere wurden verletzt. Eine islamistische Gruppe namens Turkistan Islamic Party (TIP) bekannte sich zu diesem Anschlag.⁴⁹ Und am 1. März 2014 griff eine Gruppe von Uiguren mit Messern wahllos Passanten in der vollen Halle des Kunminger Bahnhofs an, tötete 29 und verletzte weitere 130 Personen. Dass der Terror so weit von Xinjiang entfernt zuschlug, war ein Schock für die chinesische Öffentlichkeit und Politik.⁵⁰

Die tödlichsten Angriffe waren dies aber noch nicht – diese ereigneten sich innerhalb der AR Xinjiang. Am 22. Mai 2014 starben 43 Besucher eines belebten Marktes in Urumqi, als Angreifer selbstgebastelte Granaten in die Menge warfen (über 90 Verletzte). Und bei einem Messerangriff auf ein Wohnheim einer Kohlemine in Aksu wurden Han-chinesische Arbeiter im Schlaf überrascht. Fünfzig von ihnen wurden getötet. Zwei Monate später berichteten chinesische Medien, dass die Verantwortlichen nach einer Verfolgungsjagd gestellt und 28 von ihnen getötet wurden, als sie sich ihrer Festnahme widersetzen. Solche Ereignisse erwecken im Ausland, insbesondere bei Vertretern der Uiguren, Besorgnis, dass es sich um außergerichtliche Hinrichtungen handeln könnte. Aber auch die gerichtlich verordneten Hinrichtungen haben in den letzten Jahren – vor dem Hintergrund der zunehmenden gewaltsamen Proteste – wieder deutlich zugenommen. Nach einer Zusammenstellung des Uyghur Human Rights Projects⁵¹ berichteten chinesische und internationale Medien für 2013 und 2014 von 89 gewaltsamen Vorfällen, von denen in 60 Fällen mindestens ein Uigure von Sicherheitskräften getötet wurde. Die Zahl der verhängten Todesurteile stieg von rund 51 im Jahr 2013 auf ca. 560 im Folgejahr. Die Autoren der Studie sehen hierin die Folgen einer für diesen Zeitraum von den Sicherheitskräften ausgerufenen Kampagne gegen den Ter-

45 Amnesty International, People's Republic of China: „Gross Violations of Human Rights in the Xinjiang Uighur Autonomous Region“ (April 1999), online unter <https://www.amnesty.org/en/documents/ASA17/018/1999/en/> (24.03.2016), S. 52.

46 Yuan, Jingdong 2010, „China's Role in Establishing and Building the Shanghai Cooperation Organization (SCO)“, in: *Journal of Contemporary China*, Bd. 19, Nr. 67, S. 855-869.

47 Es handelt sich dabei um ETIM (East Turkestan Independence Movement), deren Führer 2003 in Pakistan bei einem Militäreinsatz getötet wurden. Clarke, Michael 2007b, „China's 'War on Terror' in Xinjiang: Human Security and the Causes of Violent Uighur Separatism“, in: *Griffith Asia Institut's Regional Outlook*, Griffith, hier S. 16.

48 Wayne, Martin I. 2009, „Inside China's War on Terrorism“, in: *Journal of Contemporary China*, Bd. 18, Nr. 59 (März), S. 249-261.

49 Kaiman, Jonathan 2013, „Islamist group claims responsibility for attack on China's Tiananmen Square“, in: *The Guardian* (25. November), online unter: www.theguardian.com/world/2013/nov/25/islamist-china-tiananmen-beijing-attack (24.03.2016). Bei TIP soll es sich demnach um die Nachfolgerorganisation von ETIM handeln.

50 Gracie, Carrie 2014, „The Knife Attack that Changed Kunming“, in: *BBC News* (16. Juli 2014), online: www.bbc.com/news/world-asia-28305109 (24.03.2016).

51 Eine Nichtregierungsorganisation, die aber indirekt durch die US-Regierung mitfinanziert wird.

ror und weisen damit der Regierung zumindest indirekt die Verantwortung für die Eskalation der Gewalt zu.⁵²

In der Darstellung der chinesischen Regierung handelt es sich dagegen bei den Verantwortlichen stets um radikalisierte Islamisten, Terroristen bzw. Separatisten. Eine klare Unterscheidung dieser drei Gruppen bzw. Motivlagen wird in der Regel nicht getroffen, was für sich genommen schon problematisch ist – mit konkreten Folgen für die Behandlung „illegaler“ religiöser Aktivitäten (siehe unten). Aus der externen Sicht ist es praktisch unmöglich, diese Motive genau zu unterscheiden und zu erkennen, ob Islamismus eine treibende Kraft für uigurischen Widerstand ist. Auszuschließen ist dies nicht, denn es gibt Anzeichen für einen regen Austausch zwischen Uiguren in Xinjiang und ihren Glaubensbrüdern im Ausland – sei es über Musik, Internetvideos oder persönliche Kontakte durch Reisen und Pilgerfahrten.⁵³ Und auch in den weit offeneren Gesellschaften Westeuropas radikalisierten sich in den letzten Jahren immer wieder einzelne Muslime über solche Kanäle: Wieso also nicht in der Volksrepublik, wo Muslime tatsächlich weit stärkeren Diskriminierungen unterliegen als in Deutschland, Frankreich oder Großbritannien? Somit wäre eine Radikalisierung von Einzelnen oder kleinen Gruppen von Uiguren durchaus Teil einer plausiblen Erklärung. Sie spielt sich aber vor dem Hintergrund der geschilderten problematischen Situation der Uiguren insgesamt ab, die sich in ihrer ethnischen Identität unter anderem durch die Sprach- und Bildungspolitik bedroht sehen und sozioökonomisch marginalisiert werden. Mit anderen Worten kann man die gewaltsamen Proteste nicht als reine Reaktion auf die verfehlte Minderheiten- und Religionspolitik der VRCh („policy-response“) abtun und die Verantwortung allein bei der chinesischen Regierung abladen – man kann diese aber auch nicht völlig davon freisprechen.

Wie nicht anders zu erwarten, haben diese Angriffe zu immer weiteren Verschärfungen der Sicherheitskontrollen und verstärkter Präsenz immer höher gerüsteter Sicherheitskräfte geführt. Der jüngste Baustein dieser Bemühungen zur Unterdrückung der Proteste ist das Anti-Terrorgesetz der VRCh, das zum Januar 2016 in Kraft trat. Eine breite Front von Kritikern, darunter Menschenrechtler und viele Akademiker mit langjähriger Expertise zu Xinjiang, sehen in der übermäßig vagen und breiten Definition des Straftatbestands Terrorismus (und seiner „Befürwortung“)

die Gefahr, dass unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung zivile und religiöse Rechte noch weiter eingeschränkt werden.⁵⁴ Solche Beschränkungen religiöser Aktivitäten und Kennzeichen haben nach Medienberichten bereits in den vergangenen Jahren immer mehr zugenommen. So wird von Lokalregierungen in Xinjiang z.B. Männern das Tragen eines Bartes, Frauen das Tragen eines Schleiers verboten. Angestellten des öffentlichen Dienstes wird u.a. das Fasten im Monat Ramadan untersagt. Auch Schüler sind – da sie öffentliche Bildungseinrichtungen besuchen – generell von solchen Verboten belegt.

Im Vergleich zu Tibet fällt auf, dass die Auseinandersetzung von beiden Seiten mit größerer Härte und Bereitschaft zur Gewalt geführt wird. Auch die Beschränkungen religiöser Aktivitäten scheinen hier stärker auf die Allgemeinbevölkerung abzielen, während in Tibet vor allem die Mönche und Nonnen betroffen sind. Daneben werden in Beijing auch für Xinjiang immer höher fliegende Pläne der wirtschaftlichen Entwicklung geschmiedet, neuerdings unter dem Slogan der „neuen Seidenstraße“ („One Belt, One Road“-Initiative). Insofern als diese Initiativen nichts Grundlegendes an der bisherigen Entwicklungsstrategie für die Westregion verändern dürften, sind die Erfolgsaussichten als gering einzuschätzen. Gerade wenn tatsächlich Islamisten hinter den Anschlägen stecken sollten, werden diese auf Modernisierungsbemühungen mit noch stärkerer Abwehr reagieren.

Fazit

Vor dem geschilderten Hintergrund fällt es schwer, optimistisch in die Zukunft zu blicken. Die Grundprobleme der Regionen Tibet und Xinjiang bzw. von Tibetern und Uiguren in China scheinen von der jetzigen politischen Führung immer noch nicht ausreichend verstanden und richtig eingeschätzt zu werden. Dass sich der Widerstand gegen die chinesische Herrschaft und konkrete Politiken der Beijinger Regierung zuletzt so dramatisch zugespitzt hat, scheint eher zu einer Verhärtung der KP-Linie geführt zu haben. In keinem der beiden Konflikte lässt sich Beijing ernsthaft auf Verhandlungen mit den im Exil lebenden Vertretern dieser ethnischen Gruppen ein. Stattdessen werden ihre Repräsentanten noch stärker persönlich angegriffen und diffamiert. Im Fall der Tibeter scheint es die Strategie Chinas zu sein, das Ableben des jetzigen 14. Dalai Lama abzuwarten, der im Juli 2016 81 Jahre alt ist. Danach plant Beijing ganz offen, einen Nachfolger selbst auszuwählen, wohingegen der Dalai Lama mit zweideutigen Aussagen zu seiner Wiedergeburt taktische Spielräume in dieser Frage

52 Uyghur Human Rights Project 2015, *Legitimizing Repression: China's „War on Terror“ Under Xi Jinping and State Policy in East Turkestan*, Washington: UHRP.

53 Vergani, Matteo – Dennis Zuev 2011, „Analysis of YouTube Videos Used by Activists in the Uyghur Nationalist Movement: Combining Quantitative and Qualitative Methods“, in: *Journal of Contemporary China*, Bd. 20, Nr. 69 (März), S. 205-229; Culpepper, Rucker 2012, „Nationalist Competition on the Internet: Uyghur Diaspora versus the Chinese State Media“, in: *Asian Ethnicity*, Bd. 13, Nr. 2 (März), S. 187-203; Harris, Rachel 2014, „Sound and Meaning in Rural Uyghur Religious Practice“, in: Ildikó Beller-Hann – Trine Brox (Hrsg.), *On the Fringes of Harmonious Society: Tibetans and Uyghurs in Socialist China*, Copenhagen: NIAS Press, S. 293-317.

54 Uyghur Human Rights Project, „Briefing: China's New Counter-Terrorism Law and Its Human Rights Implications for the Uyghur People“, UHRP (1. Februar 2016), online: <http://uhrp.org/press-release/briefing-chinas-new-counter-terrorism-law-and-its-human-rights-implications-uyghur> (23.03.2016).

für die Exilregierung zu schaffen versucht.⁵⁵ Zudem legte er die Verwaltung der tibetischen Exilregierung bereits Anfang 2011 in die Hände eines gewählten „Premierministers“ (Lobsang Sangay), um ein politisches Vakuum zu vermeiden.

Auch gegenüber den Sprechern der Uiguren hat die Verfolgung zugenommen. So wurde ein gemeinhin als gemäßiger Kritiker bekannter uigurischer Intellektueller namens Ilham Tohti 2014 wegen angeblicher separatistischer Umtriebe zu lebenslanger Haft verurteilt. Er war zuvor Professor für Wirtschaftswissenschaften an der angesehenen Minzu(=Nationalitäten)-Universität in Beijing und gründete 2006 eine Website (Uyghur Online), um den friedlichen Austausch zwischen den Bevölkerungsgruppen zu fördern. Mit kritischen Posts nach den Urumqi-Protesten

2009 geriet er ins Visier der Sicherheitskräfte und wurde mehrfach verhaftet bzw. unter Hausarrest gestellt, bevor ihm schließlich in Xinjiang der Prozess gemacht wurde.⁵⁶ Diese unversöhnliche Haltung selbst gegenüber gemäßigten Kritikern, also denjenigen, die sich als Mittler zwischen Han bzw. Regierung einerseits und Uiguren andererseits verstehen, trägt nur weiter zur Zuspitzung der Lage bei.

Unter den gegebenen Umständen, welche Emily Yeh als „Politik der Angst“ bezeichnet,⁵⁷ bleibt sowohl Tibetern als auch Uiguren aus Sicht des Parteistaates nur die Akzeptanz ihrer (untergeordneten) Position innerhalb der Gesellschaft und eine Preisgabe ihrer kulturellen Identität, wenn sie sich nicht als Unterstützer der Separatisten etc. verdächtig machen wollen.

55 Chonzom, Tshering 2015, „The Dalai Lama’s Reincarnation Debate: Unravelling Hype, Identifying Interests“, in: *China Report*, Bd. 51, Nr. 3, S. 258-269.

56 „Uighur scholar Ilham Tohti sentenced: A moderate silenced“, in: *The Economist* (23. September 2014), online: www.economist.com/blogs/analects/2014/09/uighur-scholar-ilham-tohti-sentenced (23.03.2016).

57 Yeh 2013, S. 43ff.

Monumenta Serica Monograph Series, Vol. LXVII

Hu Qihua

Konfuzianisches Ethos und westliche Wissenschaft

Wang Guowei (1877–1927) und das Ringen um das moderne China

Institut Monumenta Serica, Sankt Augustin
Routledge, Abingdon, Oxon 2016

xxviii, 445 S., Anhänge, Literaturverzeichnis, Index und Glossar

ISBN 978-1-9096-6270-4 (hbk) • 978-1-315-54299-7 (eBook)
• ISSN 0179-261X

Modern werden und zugleich die chinesische kulturelle Identität bewahren – einer der Vorreiter für diese Idee war der Gelehrte Wang Guowei (1877–1927), mit dessen Leben, Denken und Wirkungsgeschichte sich die vorliegende Studie befasst.

Wie viele Intellektuelle der ausgehenden Kaiserzeit spürte Wang die Notwendigkeit von Reformen, um Chinas Position gegenüber den fremden, vor allem den westlichen Mächten zu stärken. Im Gegensatz zu früheren Ansätzen, die entweder eine enge Anlehnung an die konfuzianische Tradition oder eine selektive Aneignung von Elementen der westlichen Zivilisation, insbesondere industrieller und militärischer Technologie, verfolgten, setzte sich Wang für eine Wiederbelebung der traditionellen Kultur Chinas mit westli-

chen wissenschaftlichen Methoden ein. Somit gilt er als Mitbegründer der Disziplin der nationalen Studien (*guoxue*).

Aufgrund seiner Untersuchungen von Quellentexten wie Orakelknochen- und Bronzeinschriften mithilfe von Textkritik und Historiographie machte sich Wang Guowei einen Namen als Pionier der chinesischen Altertumswissenschaft. Er leistete einen maßgeblichen Beitrag zum besseren Verständnis der historischen und kulturellen Geographie der Westgebiete (Xiyu). Außerdem trat er als Vermittler der Philosophie Immanuel Kants hervor.

Der zweite Teil der Studie widmet sich der Wirkungsgeschichte Wang Guoweis auf dem Gebiet der chinesischen Historiographie, so auf den in Deutschland ausgebildeten Chen Yinque (1890–1969), den vor allem in Hongkong wirkenden Qian Mu (1895–1990) und die sino-amerikanischen Historiker Ray Huang (1918–2000) und Hsu Cho-yun (geb. 1930). Im Zuge der Reformpolitik in der Volksrepublik China erlangte Wang Guowei mit seiner Synthese aus kultureller Rückbesinnung und Integration westlicher Ideen neues Ansehen unter chinesischen Intellektuellen. Die vorliegende Monographie skizziert die intensive Beschäftigung mit Wang Guoweis Werk seit den 1990er Jahren. Eine Auswahl von wichtigen Texten Wangs in deutscher Übersetzung wird im Anhang vorgestellt.

Bestellung:

<https://www.routledge.com/Konfuzianisches-Ethos-und-westliche-Wissenschaft-Wang-Guowei-1877-1927/Qihua/p/book/9781909662704>